

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Dienstag, den 19. Januar 1904.

11. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

## Rußland in Ostasien.

— Mit gespanntem Interesse blickt alle Welt auf die Entwicklung der Dinge im fernen Osten. Wird der Krieg zwischen Japan und China ausbrechen? Nach Lage der Sache kann man diese Frage wohl bejahen. Beide Staaten haben offenbar nur das Bestreben, die Zeit des Ausbruchs der Feindseligkeit noch hinauszuschieben. Sie sind noch nicht fertig mit ihren Vorbereitungen. Japan hat Schiffe, Kohlenvorräte und Munition gekauft und braucht Zeit, sie in die Hände zu bekommen. Rußland braucht seinerseits Zeit, Truppen in die Mandschurei zu bringen. Und beide Staaten brauchen Zeit, um das nötige Geld zur Kriegsführung aufzutreiben. Denn bei dem modernen Kriege entscheidet in Wahrheit das Kapital, wie in allen anderen Dingen. Auch auf dem Schlachtfelde ist das größere Kapital das kleinere. Hat eine kriegsführende Macht viel flüssiges Kapital, so wollen selbst ein paar Niederlagen nicht viel besagen. Warum haben die Russen trotz allem Geld und aller Tapferkeit die Engländer nicht besiegen können? Weil diese kapitalistische Großmacht die Mittel besaß, jede geschlagene Armee mit ihrem Gelde zu ersetzen. Der Staat, der das meiste Geld hat, wird schließlich auch den russisch-japanischen Krieg gewinnen. In der Stille sind deshalb Japaner und Russen fleißig tätig, Kriegskapital aufzuhäufen und sich genügende Finanzquellen im Falle einer Hinzueziehung des Krieges zu sichern. Welche Macht zuerst ihr Kapital zur Kriegsführung befehlen hat, entscheidet über Krieg und Frieden und diktiert der anderen ihre Bedingungen. Bis dahin geht das diplomatische Komödientenspiel weiter.

Es sieht nun zu sein scheint, daß Japan, gestützt auf die verbündeten oder befreundeten Großmächte England und Amerika, sein Kapital zuerst beisammen haben wird, so annähernd sicher erscheint es andererseits, daß Rußland der kriegerischen Auseinandersetzung mit Japan auf die Dauer ausweichen wird. Es kann dies einfach nicht. Seitdem Ostasien vom modernen Kapitalismus in Angriff genommen worden ist und dieses Land einen großen Teil der kapitalistischen Handelsprodukte des Westens aufsaugt, hat sich das ökonomische und auch das politische Schwergewicht Rußlands immer mehr nach dem fernen Osten verschoben. Nicht in Europa, in Asien sucht Rußland große Aufgaben. Rußland hat das kolossale sibirische und asiatische Hinterland. Von Europa aus wird es daselbst niemals erschließen können; es ist vielmehr der ostasiatische Handel, der auch im asiatischen, im sibirischen Rußland Kultur erzeugen wird. In Ostasien sind weitere Milliarden zu verdienen, wenn es erst recht an die kapitalistische Aufstellung Chinas gehen wird. In der Zukunft werden in Ostasien entweder die Briten oder die Russen entscheiden. Deshalb sucht Rußland gierig seine territoriale Macht in Ostasien zu erweitern. Ein letzter Grund ist aber noch, daß Rußlands Politik darauf gerichtet ist, sich den Weg nach dem Meere zu erschließen. Es muß eisfreie Häfen haben. An der asiatischen Küste hat es solche gewonnen in Wladiwostok und Port Arthur. Es wird sie erst dann voll ausnützen können, wenn es Herr auf Korea ist.

Das sind die Gründe, weshalb Rußland Riesentkapitale an die transsibirische Bahn, an Bauten, Befestigungen usw. in der Mandschurei gesetzt hat. Diese Kapitalien sind verloren, wenn Rußland nicht an den beständigen Ausbau seiner Macht in Ostasien denkt. Der erste Weg zu letzterem ist gegenwärtig der Krieg. Deshalb werden wohl drüben über kurz oder lang die Kanonen donnern.

Für die deutsche Arbeiterklasse hat der japanisch-russische Streit, wie erst jüngst an dieser Stelle dargelegt wurde, eine große Bedeutung. Der Druck der Reaktion auf das Volk ist gegenwärtig so schlimm wie fast nie zuvor. Reaktion überall! Diese ganze Reaktion stützt sich moralisch auf Rußland. Das große Reich des Absolutismus und der Militärdiktatur dünnt unseren Jüngern das einzige Bollwerk gegen die Arbeiterklasse zu sein. Deshalb das Ansehen an Rußland, das Begründen von den Westmächten. Wie weit die russische Ansehenshaft in Deutschland schon geht, zeigen ja drastisch die jüngsten Fälle einer komplett organisierten russischen Spionage bei uns in Deutschland.

Wenn die russische Weltmacht auf den asiatischen Schlachtfeldern eine Niederlage erleiden würde, die der russischen Armee ihren kriegerischen Nimbus nehmen, Rußland in seinen Unternehmungen auf Jahrzehnte hinaus lahmlegen und es, als Folge eines kostspieligen langen Krieges, in schwere Finanznöte stürzen würde, wären die Konsequenzen dieser Wendung auch in Deutschland zu spüren. Für unser halb-russisches Junkertum wäre es ein besonders schwerer Schlag. Sein Einfluß würde sinken, wenn ihm der russische Rückhalt fehlt. Deutschland müßte, wollte es nicht ganz isoliert werden, an England und Amerika heranzutreten, an diese beiden großen Mächte, welche im russisch-japanischen Kriege das letzte Wort sprechen und welche im Falle einer Niederlage Rußlands ihren Einfluß in der Welt bedeutend steigern würden.

Lehnt sich Deutschland an Rußland an, so ist die deutsche innere Politik finstler reaktionär, lehnt sich Deutschland an die Westmächte, so hat deren freieres politisches Leben auch Rückwirkung auf die deutsche innere Politik.

Schon einmal haben wir dafür das historische Beispiel gesehen. Nach 1848 war in Preußen die Politik extrem russisch. Rußland fürchtete von der 48er Volkserhebung in Preußen eine Stärkung der revolutionären Tendenzen in seinem Innern. Es trieb deshalb die Regierung Friedrich Wilhelm IV. in den „Jahren der Reaktion“ (von 1849 bis 1855) unablässig zu härterer Unterdrückung jeder politischen Selbständigkeit des Volkes. Das Regime jener Tage, welches durch die Namen der Gericke, Brandenburg, Mantensfel gekennzeichnet ist, war von so verhängnisvoller Wirkung, daß sich seine Spuren noch heute zeigen. Preußen war nur noch eine russische Provinz.

Da erlebte 1855 Rußland seine Niederlage in der Krim. „Der Fall von Sebastopol“ schrieb der bigotte Gericke, das Haupt der preussischen Kabinettsregierung in sein Tagebuch, „ist ein großes Unglück; eine verlorene Bataille für die gute Sache.“ Die gute Sache, das war nämlich die preussisch-junkerliche Konterrevolutionssache, die konsequent alle Spuren von 1848 auslöschte.

Der moralische Stoß, den die preussische Reaktionswirtschaft durch die Niederlage Rußlands erlitt, war so groß, daß für eine Weile das Junkertum abgewirtschaftet hatte. Preußen mußte Anschluß an die Westmächte suchen und unter dieser Veränderung der auswärtigen Politik erlebte auch die innere in wenig Jahren eine große Schwankung. Es gab Leben und Bewegung, wo bisher finstere Stagnation geherrscht. Erst nach 70, nach dem deutsch-französischen Kriege, als Bismarck sich wieder an Rußland anlehnte, um für die Annexion Elsaß-Lothringens Schutz zu haben, wurde auch die innere Politik Deutschlands wieder mehr russisch.

Mit gespanntem Interesse können daher wir Arbeiter der ostasiatischen Entwicklung zuschauen. Vielleicht kommt von dort aus der frische Morgenwind, der in die Stidluft unserer Tage neues Leben bringt.

## Politische Mundschan.

Deutschland.

Der preussische Landtag ist Sonnabend mit einer vom Kaiser persönlich vorlesenen Thronrede eröffnet worden. Nachdem in derselben zunächst der jüngsten Krankheit Wilhelm II. gedacht ist, wird in erster Linie die gänztige Finanzlage hervorgehoben. Für das Jahr 1903 hat sich statt des im Etat in Aussicht genommenen Defizits von 70 Millionen Mark sogar noch ein Ueberschuß ergeben. Die Thronrede erwähnt dann einer Gehaltsaufbesserung für die Bahnwärter als der geringstbesoldeten Klasse der Eisenbahnbeamten. Bekanntlich ist auch im Reichsetat für 1904 für die geringstbesoldete Klasse der Unterbeamten eine Aufbesserung vorgesehen. Hervorgehoben ist, daß diesmal nicht über die Lage der Landwirtschaft geklagt wird, sondern daß der Ueberzeugung Ausdruck gegeben wird, die landwirtschaftliche Bevölkerung sei tatkräftig bestrebt, die Erzeugnisse von Wissenschaft und Progreß zur Mehrung der Erträge zu nützen. Der übrige Teil der Thronrede handelt nur von „wasserwirtschaftlichen“ Vorlagen. Und da ergibt sich denn, daß der eigentliche Mittellandkanal von der Regierung aufgegeben ist. Die Schiffahrtsfrage vom Rhein aus soll nur bis Hannover gebaut werden. Was zwischen Hannover und Berlin liegt, schiedet aus der früheren „wasserwirtschaftlichen Vorlage“ aus. Der Mittellandkanal ist aus dem Akten verschwunden. Das „Gebant wird er doch“ des Herrn von Thielens, der allerdings längst den Weg anderer Minister gegangen ist, ist inzwischen dazu verurteilt worden, das Schicksal des Bismarckschen „Nach Kanossa gehen wir nicht“ zu teilen. Das „nicht“, in der Kanossa-Gansfarschungslos geworden, mag in der Kanal-Chamade seinen Platz ausfüllen. Dann stimmt's. Dabei bleibt immer noch die Frage, ob die maßgebenden Junker-Agrarier auch nur den verflümmelten Mittellandkanal, den Schatten seiner selbst, den Sack-Kanal bis Hannover, zu genehmigen in der Laune sein werden. Wird nicht das agrarische Getreidegeschäft, wird nicht die „Landesgemäße Lebenshaltung“ der ostelbischen Grenden schon hinreichend beeinträchtigt durch die Wirklichkeit, daß amerikanisches oder indisches Getreide bis Hannover schwimmen kann, auch wenn durch hohe Eisenbahnfrachttarife vom Westen nach dem Osten dafür gesorgt wird, daß das Preußenvolk östlich der Elbe nicht gar zu billiges Brot verzehren darf? Oder werden sich die ostelbischen Latifundienbesitzer nur dann erweichen lassen, die „notwendige Ergänzung des Reges der Binnenwasserstraßen“ zuzugestehen, wenn die Höhe der Kanalabgaben und die Einführung der Stromzollerei auf den natürlichen Wasserwegen dafür bürgen, daß alle diese künstlichen und natürlichen Wasserläufe in agrarischem Sinne möglichst „unschädlich gemacht“ werden? Wird die Bismarcksche Absicht, mit der brave Konservativen unter allen Umständen Frieden zu halten, durch die Preisgabe des Mittellandkanals erreicht werden? Die preussischen Agrarier sind Leute mit gegnetem Appetit,

der beim Essen wächst; sie sind zartbesaitete Gemütsmenschen, deren Ansprüche an den Staat sich in geometrischer Progression zu dem steigern, was ihnen vom Staate konzediert wird. So bedeutet die Verflümmelung des Mittellandkanals zu dem Torso-Kanal vom Rhein zur Elbe den größten Sieg, den die junkerliche Reaktion in Preußen seit Jahren über das Ministerium davongetragen hat. Die angekündigte Verbesserung der Vorflutverhältnisse und die Verminderung der Hochwasserschäden in den von den Ueberschwemmungen am meisten betroffenen Gebieten der Havel, Spree und oberen und mittleren Oder werden unsere teuren Agrarier voranschließlich nicht hintertreiben, da es die Landwirte sind, die unter den regulären Ueberschwemmungen am meisten leiden. Ob die Herren aber die Gnade haben werden, den ebenfalls angekündigten Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin zu bewilligen, wird davon abhängen, welche „Kompensationen“ ihnen in anderer Richtung für dies „Geschenk“ an Stettin und Berlin geboten werden; denn daß dieser Großschiffahrtsweg im allgemeinen Interesse des ganzen preussischen Ostens liegt, das werden die weisen agrarischen Gegner des „Wasserkopfes“ nicht zugeben, wenn sie es auch vielleicht bei längerem Nachdenken theoretisch begreifen. — Im übrigen spiegelt die Thronrede die Verhältnisse, wie sie in Preußen hant der privilegierten Vorherrschaft des Großgrundbesitzes und der kirchlichen Mächte in Verbindung mit dem plutokratischen Dreiklassenwahlsystem bestehen, durchaus naturgetreu wieder: zu einer großen Aktion in fortgeschrittenem Sinne kann es im gegenwärtigen preussischen Landtage nicht kommen. Von der Schule und ihrer immer dringlicher werdenden Befreiung aus den Fesseln der Kirche ist nicht die Rede. Das Ministerium des Kultus-, der Unterrichts- und der Medizinalangelegenheiten wird nicht als mit irgend einer größeren Kultur-Vorlage beschäftigt angeführt. Auch sonst scheint sich die ganze Kraft des preussischen Ministeriums auf die Vergewaltigung in die neue Session herübergeretteten Trümmern der ehemaligen wasserwirtschaftlichen Vorlage konzentrieren zu wollen. Da kein Außenstehender einen Maßstab für die wirkliche Größe dieser Kraft hat, so hat man kein Urteil darüber, ob diese Selbstbescheidung des Ministeriums Bismarck als ein Triumph föhl abnehmender Realpolitik zu feiern oder als ein Kompliment an die Lammesgeduld der preussischen Bourgeoisie zu beklagen ist, die zu einem energischen Kampfe gegen die Mächte der ostelbischen Reaktion zu müde ist.

Diagnose: am Dalles verreckt. Die „R. N. N.“ schreiben: Der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“, der endlich nach vielen Vorberathungen im verflochtenen Herbst glücklich zustande gekommen ist, scheint ein togeboresenes Kind zu sein. Wie verlautet, fließen die Geldmittel sehr spärlich, so daß sie kaum ausreichen, auf einige Monate die Gehälter der Bureaubeamten, welche diese Organisation leiten sollen, zu bezahlen. Das Mißlingen ließ sich bei der Unklarheit der Ziele des Reichsverbandes voraussehen. Die größte Anzahl seiner Mitglieder gehört den konservativen Parteien an. Versuche, die Nationalliberalen als Partei für die Zwecke des Verbandes, der doch schließlich auf Scharfmacherei hinausläuft, zu gewinnen, sind schon im vergangenen Herbst von vornherein abgewiesen worden, und auch die Bemühungen des neuen Vorsitzenden, des Generalleutnants a. D. Liebert, die Liberalen für die Bestrebungen des Reichsverbandes zu gewinnen, erwiesen sich als vergeblich, was allerdings die Teilnahme vereinzelter Liberaler nicht ausgeschlossen hat; aber als politische Parteien verwarren sich die Liberalen energig dagegen, in diesen Verband hineingezogen zu werden. — Das heißt ein selb End — trotz der Mitgliedschaft von 58 Landräten und 72 Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

Der Reichstag beschäftigt sich Freitag wiederum mit einer nationalliberalen Interpellation; sie forderte die Aufhebung des Zeugniszwanges gegen Redakteure und fragte an, warum trotz der wiederholten Beschlüsse des Reichstages seitens der Regierung noch immer nichts in dieser Frage geschehen ist. Die Interpellation enthielt somit nur eine alte liberale Forderung; aber selbst bei ihrer Begründung zeigte sich deutlich, wie schwächlich und unentschlossen der heutige Liberalismus ist. Dr. J. a. n. e. d. e., Vorsitzender des Verbandes deutscher Zeitungsverleger und nationalliberaler Abgeordneter, brachte bei der großen Fülle des zu Gebote stehenden Materials ganz gute Argumente für die geforderte Reform vor, konnte sich aber nicht enthalten, selbst bei dieser Gelegenheit seinen Haß gegen die Sozialdemokratie durch allerlei Angriffe gegen ihre Presse zum Ausdruck zu bringen. Kein Wunder, daß dieser Liberalismus nichts durchzusetzen vermag. Der Regierungsvertreter Dr. Kieberting hält die Frage des Zeugniszwangs nicht für dringlich und will sie bis zur Reform des gesamten Straf- und Zivilprozesses verschieben, die Gott weiß wann kommen mag. Entweder tröstete er mit einer Statistik, die nachweisen soll, daß gar nicht so sehr oft die Zeugniszwangshaft verhängt werde. Ganz in seinem Sinne sprach sich die Regierungspartei, das Zentrum, aus. Auch sie scheint am Zeugniszwangsverfahren nicht allzu in Ordnung zu sein, aber auch sie will vorläufig nichts daran



ändern. Gegenüber diesen schwächlichen Beschäftigungsversuchen vertrat Genosse Feine den prinzipiellen Standpunkt unserer Partei. Er verhöhlte geschickt das endlose Hinauszögern einer notwendigen Reform, auf die man nun schon mehr als 30 Jahre warte, und bot einige Fälle, die das ganze Verfahren als höchst verwerflich erscheinen lassen. Dem nationalliberalen Interpellanten zeigte er, wie seine Partei von jeher jeden freihändlerischen Fortschritt vereitelt habe und daß sie die Schuld treffe, wenn 1879 der Zeugniszwang und der fliegende Gerichtsstand eingeführt worden seien. Dann bediente er den Ursprung des ganzen Uebelstandes auf: Die Volksfeindlichkeit der preussischen Bürokratie und ihre Sucht, vor dem Volke zu verheimlichen, wenn sie Unrecht tut. So lange in Preußen die Beamten herrschten, werde auch die Schmach des Zeugniszwanges gegen die Presse nicht verschwinden. Eine Ueberraschung bot die Rede des konservativen Himbürg. Nachdem im vorigen Jahre die Petitionskommission einstimmig die Aufhebung des Zeugniszwangsverfahrens gefordert hatte, konnte man nicht erwarten, daß noch jemand für seine Aufrechterhaltung eintreten würde. Doch Himbürg tat es im Gegenjag selbst zu dem freikonservativen Dr. Krenb und bewies, daß die Konservativen — unglaublich, aber wahr — seit dem letzten Jahre noch reaktionärer geworden sind. Im Sinne der Interpellation äußerten sich noch zwei freisinnige Abgeordnete in ihren Jungfernreden, Dr. Albl für die Volkspartei und v. Gerlach für die Vereinigung, ferner der Pole Rulerzki. Alle drei Redner brachten noch eine ganze Menge von Tatsachen und Urteilen gegen das Zeugniszwangsverfahren vor, die die Immoralität des nun schon lange bestehenden Gesetzes in helles Licht setzten. Dann war die Mehrheit des Hauses, voran Zentrum und Konservativen, der Sache müde. Noch bevor Genosse Stadthagen, der als nächster Redner auf der Liste stand, das Wort erhalten konnte, verlagte sich das Haus. Sonnabend fiel die Sitzung wegen des Zusammentritts beider Häuser des Landtages aus. Montag steht die konservative Interpellation über die Handelsverträge auf der Tagesordnung.

**Reich und Einzelstaaten.** Bei der Beratung der famosen Ostmarkenzulagen für Postbeamte in der Budgetkommission gab, dem „Bism.“ zufolge, der Zentrumsabgeordnete Gröber aus dem württembergischen Abgeordnetenhaus eine Reminiscenz zum besten, die sehr gehalten zu werden verdient, weil sie ein helles Licht auf die Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten wirft. Zur Zeit, als die Buchthausvorlage herumschliefte, wurde im schwäbischen Abgeordnetenhaus mit großer Vertreibung zur Kenntnis genommen, daß sich auch die württembergischen Bevollmächtigten zum Bundesrat für die Buchthausvorlage ausgesprochen hätten, während doch noch im Jahre zuvor in Württemberg eine vermehrte Sicherung des Koalitionsrechts verlangt und von der Regierung angelagt worden sei. Darauf habe der damalige Ministerpräsident v. Mittnacht gesagt: der führende deutsche Staat, Preußen, habe nun einmal eine solche Buchthausvorlage gemacht und da sei es für die kleineren Staaten immer eine mißliche Sache, im Bundesrat zu opponieren; in der württembergischen Regierung habe man sich auch gesagt, die Zustimmung im Bundesrat habe nicht viel auf sich, der Reichstag werde die Geschichte nachher schon korrigieren! — Das kann man sich für den Fall merken, daß die Reichsregierung einmal wieder, wie bei der Buchthausvorlage, mit dem Hinweis auf ein „einstimmiges Votum“ der verschiedenen Regierungen Stimmung zu machen suchen will.

91 Initiativanträge sind nach dem amtlichen Verzeichnis in den ersten zehn Tagen nach Eröffnung des Reichstages eingebracht worden, darunter nicht weniger als 23 von der linken Fraktion der Polen und dann 16 Anträge des Zentrums, 15 der Sozialdemokraten, 15 der Konservativen und Freikonservativen, 13 der Nationalliberalen, 10 der Freisinnigen und der Deutschen Volkspartei, ein Antrag der Antisemiten betreffend Kaufmannsgerichte und ein Antrag der Elbinger betreffend Wahlen zum Landesparlament.

Einen bedeutungsvollen Antrag zur bayerischen Wahlrechtsreform hat der Reichsrat Graf May, der 1. St. 100.000 Mk. für Kampfsport spendet, als je vom Zentrum abgelehnt worden waren, in der Kammer der Reichsräte gestellt. Er beantragte: „Die Kammer der Reichsräte wolle beschließen, es der Staatsregierung in Erwägung zu geben, ob nicht im Interesse des rechtlichen und politischen Friedens eine Änderung des bayerischen Wahlgesetzes notwendig sei, das das Wahlrecht der Geistlichen aller Konfessionen ausgeschlossen oder beschränkt habe.“ Der am 1. St. eingebrachte Antrag wurde dann dem konjunktionalen Frieden wirklich dienst. Denn wenn die geistlichen Herren auch nicht mehr wählen dürfen, das Bistum im Reichsparlament und auf der Kaiserwahl werden die meisten von ihnen trotzdem nicht lassen. Die Reichsratskammer hat übrigens, wie bereits gemeldet wird, ohne jede Diskussion den Antrag des Grafen May einem Ausschuss übergeben, der denselben bei der Beratung des Wahlgesetzes mit zur Sprache bringen wird.

**Aus einer kleinen Garnison.** In der Pirnaer Ocellangelegenheit war unser Dresdener Parteigenosse, der „Sächs. Arb.-Bzg.“, noch zu berichten: Durch einen Zufall ist der betragene Oberleutnant Prohn aus 64. Artillerie-Regiment, hinter die Exzellenzen seiner jungen Frau gekommen. In angenehmer Stimmung haben sich mehrere junge Damen bei einem Dinner über die junge Frau des Oberleutnants Frau unterhalten. Ein dieser Gesellschaften soll die leidenschaftliche Liebe betonen und Aufklärung gegeben haben. Da gab es dann ein Gespräch mehr. Es kam an den Tag, daß die Frau des genannten Oberleutnants mit mehreren jüngeren Offizieren in beiderseitig intime Beziehungen getreten war. Der betragene Oberleutnant wollte mit seiner Frau bei seinen Eltern in Lübeck. Ein Telegramm des betragenen Oberleutnants ist aber nicht mehr zu sehen. Er traf allein ein und war sehr über die Sache informiert. Überzeugender Beweis von der abweichungsartigen Ehemannschaft der Frau sollen dann noch verschiedene Briefe abgesetzt haben, die die Frau als unerschütterlich anhängend hielt. Die Frau bekam den Auftrag und ihren Ehemann gegen — so lautet es nämlich die Disposition — Überforderungen zu. Am 1. St. am 1. St. der folgenden Tage in früher Morgenstunden

eine Anzahl Offiziere nach verschiedenen Gegenden abgefahren. In verschiedenen Wäldern haben dann die Pistolen geknallt und ausnahmslos auch blutige Spuren hinterlassen. Oberleutnant Prohn soll als sehr guter Pistolenschütze alle seine Widersacher kampfunfähig gemacht haben. Der Spitzberg bei Großtrotta, das Göttenbatal, die Herrenleite bei Bocka, der Graupacher Busch und ein Wald bei Bodenbach sollen die Schauplätze der Schießerei gewesen sein, wo fünf junge Offiziere mehr oder minder schwer verletzt wurden. Nach einem umgebenen Gerüchte ist einer bereits den Verletzungen erlegen. Man spricht von Schüssen in Arme und Brust und gefährlichen Verletzungen am Kopfe. Die Affäre soll aber noch nicht beendet sein. Der getränkte Oberleutnant soll vielmehr Veranlassung haben, noch einige andere Offiziere vor seine Pistole zu fordern. Auch aus einer kurzen Mitteilung der „Dresd. Nachr.“ war zu ersehen, daß demnächst eine Fortsetzung der Schießerei folgen wird. Danach zu urteilen scheint das Liebesbedürfnis der Frau sehr groß gewesen zu sein. Die treulose Ehefrau, die bisher den Anschein erweckt hat, als lebe sie mit ihrem Mann und einem zweijährigen Knaben in glücklichen Verhältnissen, hält sich gegenwärtig bei Verwandten auf. Allgemein bedauert wird in Pirna der Vater der Frau, Geh. Medizinalrat Dr. Weber, der sich allgemeiner Beliebtheit in allen Kreisen der Bevölkerung erfreut. — Die neueste Pirnaer Affäre, die allerdings zur vollständigen Enthüllung noch eines Bisses bedürfte, wird den Betheiligten des Militarismus, die ohnehin durch die Forbacher Vorkommnisse schon alle Hände voll zu tun haben, nicht in den Kram passen. Der Fall in Pirna erschwerte die mit Eifer betriebenen Bemühungen bedeutend, die Forbacher Vorkommnisse als Ausnahme hinzustellen.

**Petroleumschacher.** Die Mächenschaften der Petroleumproduzenten und Händler werden immer verwickelter. Vor einigen Monaten hieß es, es sei ein Abkommen der österreichischen Petroleumproduzenten zustande gekommen unter der Führung der Deutschen Bank in Berlin; dieses Konjunktum stellte sich zum Ziele, dem österreichischen Petroleum den deutschen Markt zu sichern und man munkelte von den edlen Plänen dieser Wohlthäter, die dem amerikanischen Petroleumtrüff das Buchergeschäft legen würden. Dann verlautete wieder etwas über schwebende Verhandlungen mit den Amerikanern und Russen. Jetzt wird mitgeteilt, daß eine selbstständige Gesellschaft ins Leben gerufen werden soll, die das überschüssige Petroleum aus Österreich-Ungarn an den deutschen und schweizerischen Markt bringen wird und von der österreichischen Kreditanstalt und der ungarischen Kreditbank finanziert wird; die Petroleumtrüffereien würden ihren Export nur durch diese Gesellschaft besorgen. Gleichzeitig wird aber berichtet, daß eine deutsch-amerikanische Gesellschaft den Österreichern jetzt bestimmte Vorschläge für die Schaffung eines Kartells in Deutschland unterbreitet habe, worüber jetzt noch verhandelt werde. Das Ende aller dieser Schachzüge ist wohl leicht vorauszusehen: Wir bekommen ein nach allen Regeln der Kunst zusammengefügtes internationales Petroleumkartell, bei dem der Bucher erst zur Witte kommen wird und die Käufer für Deutschland werden dabei die Patrioten von der Deutschen Bank sein.

**Kriegers Ende.** In jüdischen Blättern findet sich die nachfolgende Mitteilung aus Mekko: „Ein alter Kriegsveteran von 1870/71, namens Richter, der in Dresden seinen Wohnsitz hatte und hier eine Gastrolle als Bettler gab, wurde gerade in dem Augenblick von der Nemesis ereilt als er sich ein Stück Brot zur Stillung seines Hungers bettete. Nach seiner Versicherung war der alte Krieger, der eine ganze Anzahl Schlachten mitgemacht hat, bisher unbesiegt durchs Leben gekommen. Als er im Gefängnis das ihm dargereichte Mittagsessen mit einer gewissen Eile verzehrt hatte, mag dem armen Teufel die Welt recht undankbar erschienen sein, weshalb er aus ihr ging und sich an seinem Halsstuch erhängte.“

**Die Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen.** Auf dem diesjährigen Arzttag in Rostock soll ein umfassender Bericht erstattet werden über die Lage des kassenärztlichen Standes in Deutschland und über die Entwicklung der Selbsthilfe seit dem Arzttag in Königsberg im Jahre 1902. Gegenwärtig schweben in 70 Orten Streitigkeiten zwischen den Ärzten und Krankenkassen.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Unsere bekannte Gräfin, Frau Dr. Rosa Luxemburg wurde Sonnabend von der Strafkammer in Zwickau zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wegen Beleidigung des deutschen Kaisers, die in einem Artikel gegen die Dresdener Kaiserrede enthalten gewesen sein soll. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Strafkammer in Duisburg der Geflügelhändler Wilhelm Sommer aus Wilhelmshafen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

**Der Aufstand der Hereros in Deutsch-Südwestafrika** wird immer heftiger, und es wird schwere Opfer an Gut und Blut kosten, um denselben niederzuschlagen. Nach den am Sonnabend aus Windhof in Berlin eingetroffenen Nachrichten wird Oshanaia schwer bedrängt. Die Gefangenen von Windhof aus sind bisher gescheitert. Auch Windhof selbst ist sehr bedrängt. Die Verluste sind zahlreich, der Windhof ist eingezogen, sofortige Hilfe wird erbeten. Die Hereros sind durch Plünderung gut versorgt und bewaffnet. Das Swakopmund wird noch gemeldet, daß ein Angriff auf Otjimbingwe noch nicht stattgefunden habe, aber ein Tapp Eingeborener von Otjimbingwe und Johans Kroegts — Höhe auf Karibib im Amarsch ist. Am 25. Mann Hereros seien zur Befreiung der Gefangenen nach Karibib entsandt worden. Die Expedition nach Karibib sei freigegeben und nach Karibib in Karibib angekommen, die Expedition nach Karibib mit 120 Gewehren jedoch ansehnend bei Walba gefährdet. Nach einer Neuentdeckung wurde Karibib in Swakopmund und Karibib das Kriegsgeschäft erklärt.

**Neue politische Kandidaten.** Der Nationalliberalen Parteipersonal zufolge soll bei der Reform der Strafprozedur vom Reichstag auch besonderer Wert gelegt werden auf die Prüfung der Frage, wie weit das Maß mancher Strafen mit den juristisch-moralischen sozialpolitischen Anschauungen im Einklang steht. — Der Präsident des Statistischen Amtes Dr. Walch, der vor einigen Tagen aus Paris in München eine Frau eintraf, ist am Sonnabend gestorben. Der Verlebte hat ein Alter von nur 49 Jahren erreicht. Präsident des Reichsanits der Statistik war er seit 1901.

Der braunschweigische Landtag wählte Kreisdirektor Rangseldt-Braunschweig zum Präsidenten; sodann wurde der Landtag bis zum 25. Februar vertagt. — Auch in Dresden wurde dem Militär durch Garnisonbefehl der Besuch der Aufführung von Beyerleins gefährlichem „Bapfenstreich“ verboten. — Wegen unbefugten Vertriebes des Bille'schen Romans „Aus einer kleinen Garnison“ ist, wie aus Wien berichtet wird, die dortige Gemischtwaren-Verkaufshausin Lesepoline Sirch zu 30 Kronen Geldstrafe verurteilt worden. — Die Schiedsrichter in der venezolanischen Streitfrage werden im Haag vom 13. bis zum 17. Februar zusammentreten, um sich über das Urteil schlüssig zu machen. — Aus Panama wird gemeldet: Die Verammlung zur Festsetzung der Verfassung für die neue Republik ist am Sonnabend eröffnet worden. Zum Vorsitzenden der Verammlung ist Pablo Urolomena gewählt worden. — Zum Vizepräsidenten in Uruguay verläutet in Montevideo gerichtlich, daß die Regierungstruppen die Aufständischen unter Saravia bei Nicoperez geschlagen haben. Ein Zug mit Verwundeten soll bereits in Montevideo eingetroffen sein.

#### Norwegen.

**Frauen zum Rechtsanwaltsberuf zugelassen.** Das Odelsthing hat mit allen gegen 3 Stimmen eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach Frauen unter denselben Bedingungen wie Männer die Befugnis erhalten können, als Rechtsanwältinnen bei allen Gerichtshöfen, selbst bei dem höchsten Gericht, zu praktizieren.

#### Rußland.

**Die Verfassungszulagen in Russisch-Polen.** Der „Robotnik“, das in der geheimen Parteidruckerei in Russisch-Polen erscheinende Organ der polnischen sozialistischen Partei, schreibt: Im November 1903 hat einer der Gouverneure an die ihm unterstellten Ämter nachstehendes Geheimzirkular verfaßt:

Die Kanzlei des Warschauer General-Gouverneurs bittet den Herrn Leiter des Gouvernements, ihr eine Liste derjenigen Geistlichen des Gouvernements mitzutheilen, welche sich durch die Verdienste für das Reich und die Kirche auszeichnen und welche auf Grund ihres vollständig loblichen Verhaltens in politischer Beziehung, ihrer unantastbaren Moral und der Ausübung der speziellen unbezahlten Obliegenheiten für würdig erachtet werden können, im laufenden Jahre Zulagen aus dem hierzu speziell bestimmten Fonds, den der Herr General-Gouverneur des Landes zu verwalten hat, zu erhalten.

Diese Belohnung soll, wie weiter gemeldet wird, den Zweck haben, die der Regierung wohlgesinnten Geistlichen zu weiterer nützlicher Arbeit aufzumuntern, damit das an deren zum Beispiel diene.“ Das polnische Parteiblatt schreibt hierzu:

Das Parat laßt sich die katholischen Geistlichen und bezahlt sie für das Anpreisen des Baren und seiner Regierung, für die Hilfe im Kampfe mit der Revolution. Die zarische Regierung ist entsetzt durch das Wachstum der revolutionären Bewegung in der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land und sucht sich treue Diener und Gehilfen, die mit der Regierung gegen die aufgestandenen Arbeiter und Bauern vorgehen sollen. Und in der Tat: unter unseren Geistlichen fehlt es nicht an Kandidaten für die Rolle, in welcher das Parat sie zum Empfang der Subsidien zulassen kann. Es wimmelt ja bei uns von Geistlichen, die von der Kanzel und in der Beichte befehlen, sozialistische Broschüren zu verbrennen, welche von derselben Stelle befehlen, die Sozialisten in die Hände der zarischen Behörden auszuliefern, welche die dümmsten Verleumdungen gegen die revolutionäre Bewegung schleudern, welche zum Gehorsam gegen den Despoten anhalten und seine Politik preisen.

Die preussischen Katapisten werden mit Vergnügen sehen, daß Rußland das System der Polenzulagen nach katapistischem Muster eingeführt hat.

#### Schweiz.

**Die politische Polizei auf der Auflegebant.** Die Polizeipräsidenten Mehger-Pollstorfer hat nun doch das Gewissen der Zürcher Kantonsregierung und des Kantonsrates geweckt und sie veranlaßt, dem Antrage unseres Genossen Grentlich auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Antriebe der politischen Polizei zuzustimmen. Grentlich konnte sich bei der Begründung seines Antrags zunächst auf das von Mehger selbst in einer im „Volksrecht“ veröffentlichten Erklärung abgelegte Geständnis berufen, daß er dem Polizeipräsidenten Dr. Kappold anarchoide Zeitungen geliefert habe, durch die die Konfusion in seinem Kopfe nur vermehrt worden ist. Er hätte sich eine bessere Vertretung anschaffen sollen, um zu einem vernünftigen Urteil in sozialen Dingen zu gelangen. Grentlich erklärte weiter, daß er so weit für die Hände habe, daß Mehger ein gefährlicher Völschpigel sei, der brave Leute ins Unglück gebracht habe. „Es gibt bei der politischen Polizei eben viele Dinge, wovon die Justizdirektion keine Kenntnis hat. Der Fall muß sofort untersucht werden, da Beweismittel schon im Ofen verschwunden sind. Ein Mißtrauen gegen die Regierung soll der Antrag nicht sein, dagegen soll der Kantonsrat einmal richtigen Aufschluß erhalten.“ Schließlich verlangte Grentlich eine angemessene Vertretung der sozialdemokratischen Partei in der Kommission, da manches zu sagen sei, das hier nicht breitgeschlagen werden kann. — Regierungsrat Dr. Stöckel, der Chef der Justiz- und Polizeidirektion, erklärte sich mit der Wahl einer Kommission einverstanden, obwohl er bereits eine Untersuchung des Falles Mehger eingeleitet hat. Er gab dann zu, daß Mehger in der Tat dem Polizeikommando seit drei Jahren Berichte geliefert hat. Er behauptete, alle Anarchisten zu kennen und im Besitze des Abonnementverzeichnisses zahlreicher sozialistischer anarchoide Blätter zu sein. Dagegen betonte er, Beziehungen mit dem Ausland zu haben. Mehger spielte sich als „sozialwissenschaftlicher Schriftsteller“ auf, er sollte nur in Dienste genommen werden, damit man sehe, ob er wirklich ein Spigel sei — und dazu brachte man mindestens drei Jahre! Was seine Vergangenheit betrifft, so habe er in Saargemünd als Sozialdemokrat eine dreimanatliche



Entl. Anzeigepflichtige Krankheiten ge-  
lungen im Dezember v. J. zur Anzeige: 5 Fälle (2 aus



des Artillerie und Pioniers: Otto Friedrich.  
— Professor: Theodor Schmalz.